

Immobilien

München ist selbst Ärzten zu teuer

Viele Normalverdiener können sich in deutschen Metropolen kein Eigenheim mehr leisten. Das zeigt eine Auswertung des Internetportals Immobilienscout24. Das Unternehmen hat die Angebote für Einfamilienhäuser auf seiner Seite für verschiedene Städte ausgewertet und untersucht, was Friseur, Handwerker, Lehrer und Ärzte überhaupt noch bezahlen können. Das Ergebnis: In München kommen für Lehrer mit einem angenommenen Bruttomonatsgehalt von 5151 Euro rein preislich nur noch 5,1 Prozent der Angebote infrage, für Handwerker mit üblichem Einkommen sind es sogar nur

1,6 Prozent der Angebote. Selbst Ärzte mit einem Einkommen von 8792 Euro brutto monatlich können sich in der bayerischen Landeshauptstadt nur noch jedes zweite Haus leisten. In Hamburg und Berlin ist die Lage nur wenig besser: Zwar finden in Hamburg Lehrer, für die ein Einkommen von 4639 Euro brutto im Monat angenommen wurde, noch erschwingliche Häuser. Für Handwerker kommen in der Hansestadt jedoch nur 7,5 Prozent der Angebote in Betracht, in der Bundeshauptstadt sind es 10 Prozent. In Städten wie Augsburg ist die Lage entspannter: Hier sind 19,1 Prozent der Angebote sogar für Friseur mit Durchschnittseinkommen interessant, für Handwerker sind es 44,3 Prozent. ase

Landwirtschaft

Kein Ende der Schweinequal

Der Deutsche Tierschutzbund kritisiert die geplante Neuregelung der Sauenhaltung als völlig unzureichend. Der Antrag, den Niedersachsens grüner Landwirtschaftsminister Christian Meyer im Bundesrat eingebracht hat, sehe zwar eine Abkehr der tierquälerischen Kastenhaltung vor, allerdings kämen die Übergangsfristen von bis zu 15 Jahren „einem Kniefall vor der Agrarlobby“ gleich, sagt Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Fast ihr halbes

Leben vegetieren Zuchtsauen in 70 Zentimeter engen Boxen. Diese Praxis verstößt gegen die Mindestanforderungen der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, entschied das Bundesverwaltungsgericht vergangenen November. Anders als Meyer wollen seine grünen Amtskollegen in Hessen und Sachsen-Anhalt das Urteil zeitnah umsetzen und kontrollieren bereits die Stallmaße in den Betrieben. Der grüne Berliner Justizsenator Dirk Behrendt will sogar die gesamte Schweinehaltung in Deutschland per Normenkontrollklage vom Bundesverfassungsgericht überprüfen lassen. nkl



Schweinezuchtanlage

FRED DOTZ

Industrie 4.0

Ziele verfehlt

Der Hype um das Internet der Dinge (IoT) ist in Ernüchterung umgeschlagen. In einer Umfrage unter 348 Besuchern der Fachmesse „Industry of Things World“ vorige Woche in Berlin äußerte sich fast die Hälfte enttäuscht über die Ergebnisse der digitalen Vernetzung, auch Industrie 4.0 genannt, für ihr Unternehmen. 43 Prozent gaben an, dass sie mit ih-



Industrieroboter

ren IoT-Projekten die gesteckten Ziele nicht erreicht hätten, 4 Prozent sprachen sogar von einem völligen Fehlschlag. Die Befragten, größtenteils Manager und Direktoren von Unternehmen aus Europa, hatten vor

allem erwartet, mithilfe von Industrie 4.0 die Effizienz im Betrieb zu erhöhen. Als größte Hindernisse für den Erfolg betrachteten die Befragten den Mangel an Fachkräften und die Kultur im eigenen Unternehmen.aju

Bitcoin

„Missbrauch für kriminelle Aktivitäten“

Yang Dong, Experte für Finanzrecht an der Renmin-Universität in Peking, über die jüngsten Maßnahmen der chinesischen Behörden gegen den Handel mit der virtuellen Währung Bitcoin

SPIEGEL: China hat damit begonnen, den Handel mit Bitcoin zu unterdrücken. Fürchten die Behörden die Konkurrenz für die Landeswährung Yuan?

Yang: Solche Sorgen könnten eine Rolle gespielt haben, aber die Maßnahmen richten sich in erster Linie gegen Bitcoin selbst. Denn diese Währung kann für Geldwäsche und Kapitalflucht benutzt werden. China ist ein großer Bitcoin-Markt, 70 bis 80 Prozent des Handels weltweit werden hier abgewickelt. Aber Regeln und Gesetze hinken der Entwicklung hinterher, und ohne eine gute Kontrolle gibt es große Risiken.

SPIEGEL: Lassen sich Geldwäsche und Kapitalflucht so tatsächlich stoppen?

Yang: Die jüngsten Maßnahmen sind wirksam. Mit Bitcoin kann nicht mehr so leicht gehandelt werden. Und diese Tatsache kann dazu beitragen, illegales Glücksspiel,

Geldwäsche und andere Verbrechen zu unterdrücken.

SPIEGEL: Infolge des chinesischen Eingreifens hat der Bitcoin erheblich an Wert eingebüßt. Könnte dies das Ende der Währung bedeuten?

Yang: Nein. Erstens ist Bitcoin eine globale Währung. China hat nicht den kompletten Handel geschlossen. Zweitens handelt es sich bei digitalen Währungen um einen weltweiten Trend, der lässt sich nicht aufhalten. Ich glaube, dass die Regierung in Zukunft ein Registrierungssystem für Bitcoin einführen wird. Dabei sollte es sowohl darum gehen, zu blockieren, als auch zu kanalisieren.

SPIEGEL: Heißt das, die Regierung könnte den Bitcoin-Handel wieder erlauben, sobald sie ein System effektiver Kontrollen geschaffen hat?

Yang: Ja, das glaube ich. Ich vertraue auf die Regierung. Nach meiner Einschätzung will sie dafür sorgen, dass sich virtuelle Währungen auf bessere Weise entwickeln. Derzeit ist zu viel schlechtes Geld im Umlauf, welches das gute Geld vertreibt. Wir müssen aber das gute Geld schützen. Bitcoin an sich ist kein schlechtes Geld. Aber ohne angemessene Überwachung lässt es sich eben für viele kriminelle Aktivitäten missbrauchen – und das ist ein großes Problem. ww